

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 28.05.2008

Der Deckel muss weg - Landesregierung nicht aus der Verantwortung entlassen - Krankenhausfinanzierung und flächendeckende Versorgung in Niedersachsen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

Patientinnen und Patienten beklagen in vielen Fällen eine fehlende oder bestenfalls mangelhafte pflegerische und ärztliche Betreuung. Hintergrund ist ein in den letzten Jahren vorgenommener drastischer Abbau von Stellen im Pflegebereich und bei den Bettenkapazitäten. So sind in Niedersachsen Kapazitäten von 6 000 Betten abgebaut worden. Immer weniger Pflegepersonal muss eine steigende Zahl von Fällen „bearbeiten“. Eine der Folgen ist eine extreme Anhäufung von Überstunden des Pflege- und medizinischen Personals.

Darüber hinaus droht mit der Deckelung durch Fallpauschalen und einer ungenügenden Krankenhausfinanzierung durch die Länder - und hier speziell durch die niedersächsische Landesregierung - die Schließung von bis zu einem Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser, weil die Landesregierung als deutsches Schlusslicht ihrem gesetzlichem Auftrag, die Krankenhäuser wirtschaftlich zu sichern, nicht nachkommt.

Folge dieser von der Landesregierung in Kauf genommenen Entwicklung ist die weitere Privatisierung Krankenhäusern und somit der Pflege und ärztlichen Versorgung, was bisher in den meisten Fällen zu einem Absinken der Qualität geführt hat. Schon jetzt ist ein Outsourcing der Versorgungsbereiche von Kliniken (Wäscherei, Küche, Reinigung) die Regel.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf

1. eine deutliche Erhöhung der Krankenhausförderung pro Krankenhausfall von derzeit etwa 82 EURO (als Schlusslicht in Deutschland) auf vorerst 279 EURO (Niveau von Hamburg) vorzunehmen,
2. den weiteren Personalabbau - gerade in der Pflege - stoppen zu helfen,
3. Sich zur Finanzierung der bedarfsgerechten Finanzierung der Krankenhäuser für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen.
4. eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Diagnosis Related Groups (DRG) als System der Krankenhausfinanzierung nach Fallpauschalen abzuschaffen,
5. die Bundesregierung aufzufordern und auch hier ggf. eine Bundesratsinitiative zu starten, die auf dem Verordnungswege festgelegten jährlichen Steigerungsraten von 0,64 % (Landesbasisfallwert) mindestens auf die Höhe der Inflationswerte anzuheben,

Begründung

Das Land Niedersachsen ist wie alle anderen Bundesländer gesetzlich verpflichtet, die Krankenhäuser ökonomisch abzusichern, um eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Dieses kann mit einem weiteren Abbau im Personalbereich Medizin und Pflege nicht mehr garantiert werden. Unter einer zunehmenden Arbeitsverdichtung leidet die Qualität der Arbeit deutlich - das Anhäufen von Überstunden verstärkt hier den Effekt weiter. Die Einführung der Fallpauschalen durch die im Bundestag vertretenden Parteien mit Ausnahme der LINKEN sorgt für ein stetes Absinken der notwendigen Investitionsmittel für den qualitativen Erhalt der Krankenhäuser.

Sowohl die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) als auch die Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden kritisieren diese Entwicklung.

Des Weiteren ist festzustellen, dass mit dem Wegfall der seit einem Verdikt des Bundesverfassungsgerichtes nicht mehr erhobenen Vermögenssteuer seit 1997 den Ländern jährlich etwa 4,6 Mrd. Euro verloren gingen - eine Summe, mit der man allein eine fast bedarfsgerechte Krankenhausversorgung finanzieren könnte.

Es liegt im gemeinsamen Interesse des niedersächsischen Landtages und der Landesregierung, dass auch weiterhin eine qualitativ hochwertige Versorgung aller Niedersachsen in Pflege und Medizin gewährleistet werden kann. Das bedarf einer gemeinsamen Anstrengung. Ein bloßes Verweisen auf die Verantwortung des Bundes greift zu kurz und blendet die eigene gesetzliche Verantwortung des Landes Niedersachsen und seiner Regierung aus.

Der hier vorliegende Antrag schafft konkrete Abhilfe und weist einen gangbaren Weg zur Durchsetzung der Ziele zum Wohle aller in Niedersachsen lebenden Menschen.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin